

BRÜSSELER NOTIZEN

zur Außen- und Entwicklungspolitik

Ausgabe vom
4. September 2023

Berichtszeitraum: 1.07.2023 bis 1.09.2023

Inhalt:

- Gipfeltreffen EU-CELAC: engere und erneuerte Partnerschaft
- Coup d'État: EU verschärft den Druck auf Nigers Putschisten
- EU-Außenrat: Fokus auf Sicherheit in der Ukraine und auf Wirtschaftsbeziehungen
- Cotonou-Folgeabkommen: Neue Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und 79 AKP-Staaten
- Sicherheit und Verteidigung: Militärische Unterstützungsmaßnahme in der Demokratischen Republik Kongo
- EU-Außenbeauftragter Borrell stärkt die Beziehungen zu ASEAN
- VN-Diplomatie: Partnerschaften und Vorbereitung der Generalversammlung
- Kurzmeldungen

Gipfeltreffen EU-CELAC: engere und erneuerte Partnerschaft

Am 17. und 18. Juli 2023 trafen sich die Führungsspitzen der EU und der Gemeinschaft der Latein-amerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) zum dritten [Gipfeltreffen](#) EU-CELAC in Brüssel und erneuerten ihre langjährige Partnerschaft, die auf gemeinsamen Werten und Interessen beruht. Ein breites Spektrum von Themen, wie Frieden und Sicherheit in der Welt, Handel und Klimawandel, wurde diskutiert. In der [Gipfel-Erklärung](#) äußerten sich 59 der 60 Länder tief besorgt über den Krieg gegen die Ukraine. Russland wird jedoch nicht explizit erwähnt.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen [kündigte](#) an, dass Team Europa über die Investitionsagenda Global Gateway bis 2027 über 45 Mrd. EUR in der Region investieren wird. Die Agenda fördert mehr als 135 Projekte und stützt sich auf vier Säulen: gerechter grüner Wandel, inklusiver digitaler Wandel, menschliche Entwicklung sowie krisenfestes Gesundheitswesen.

Auf dem Gipfeltreffen unterzeichnete die EU eine Vereinbarung mit [Argentinien](#) und eine mit [Uruguay](#), um die Zusammenarbeit im Energiebereich zu intensivieren, sowie eine Vereinbarung mit [Chile](#) über die Gründung einer Partnerschaft für nachhaltige Rohstoff-Wertschöpfungsketten. Ferner wurde eine [Digitalallianz](#) zwischen der EU und 21 CELAC-Staaten gegründet. MICHELLE WIESNER

Coup d'État: EU verschärft den Druck auf Nigers Putschisten

Als Reaktion auf den Staatsstreich in Niger appellierte die Europäische Union am [28. Juli 2023](#) und [12. August 2023](#) an die Putschregierung, zur Verfassungsordnung zurückzukehren. Dabei unterstützt sie den gestürzten Präsidenten Mohammed Bazoum und die regionalen, diplomatischen Bemühungen von ECOWAS. Sie vertritt den Standpunkt, dass die Sicherheit der nigrischen Bevölkerung und die regionale Stabilität in Westafrika und der Sahelzone durch den Staatsstreich gefährdet sind.

Die EU setzt zunächst die staatliche Budgethilfe aus, wird aber weiterhin humanitäre Hilfe leisten. Die Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheit, für die die EU erst im Dezember 2022 eine militärische Partnerschaftsmission (EUMPM Niger) beschlossen hat, ist suspendiert. Die Einführung eines neuen Sanktionsregimes wird in Aussicht gestellt. CONSTANTIN BLASCHKE

EU-Außenrat: Fokus auf Sicherheit in der Ukraine und auf Wirtschaftsbeziehungen

Der [EU-Außenministerrat](#) erörterte am 20. Juli 2023 mögliche Sicherheitsgarantien der EU im Hinblick auf ihr langfristiges Engagement für Sicherheit und Resilienz der Ukraine. Darüber hinaus wurde die Initiative des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell zur Sicherung nachhaltiger und vorhersehbarer Finanzmittel für die Verteidigungshilfe für die Ukraine diskutiert. Sie soll in die Bestimmungen der Europäischen Friedensfazilität mit einem jährlichen Finanzvolumen von bis zu 5 Mrd. EUR in den nächsten 4 Jahren aufgenommen werden.

Ferner gab es eine Aussprache über die neue „[Europäische Strategie für wirtschaftliche Sicherheit](#)“ der EU-Kommission und des EU-Außenbeauftragten, welche die außenpolitische Dimension der wirtschaftlichen Sicherheit, insbesondere im Zeitalter der geopolitischen Spannungen und Risiken, hervorhebt.

Im nächsten Schritt sollen außen- und sicherheitspolitische Instrumente zur Minimierung und Bewältigung von Risiken für die wirtschaftliche Sicherheit identifiziert und deren mögliche Nutzung erörtert werden. CONSTANTIN BLASCHKE

Cotonou-Folgeabkommen: Neue Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und 79 AKP-Staaten

Der Rat der EU hat am 20. Juli 2023 einen [Beschluss](#) über die Unterzeichnung und vorläufige Anwendung des Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (OAKPS) angenommen. Das Abkommen bildet zusammen mit drei regionalen Protokollen den neuen Rechtsrahmen für die Beziehungen zwischen der EU und OAKPS für die nächsten zwanzig Jahre und erstreckt sich auf eine Vielzahl von Bereichen, wie nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wachstum, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit. Hauptziel des Abkommens ist eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Vertragspartnern sowie die Umsetzung der Agenda 2030 und der Pariser Klimaziele. MICHELLE WIESNER

Sicherheit und Verteidigung: Militärische Unterstützungsmaßnahme in der Demokratischen Republik Kongo

Der EU-Außenministerrat beschloss am 20. Juli 2023 die [Einrichtung einer Unterstützungsmaßnahme der Europäischen Friedensfazilität](#) für die 31. Schnelleinsatzbrigade der Streitkräfte der Demokratischen Republik Kongo (FARDC). Ziel ist es, zu den Fähigkeiten und der Resilienz der kongolesischen Streitkräfte, insbesondere mittels Bereitstellung nichtletaler individueller sowie kollektiver Kriegsausrüstung, beizutragen.

Damit unterstreicht die EU ihr Engagement, Frieden und Stabilität zu fördern. In diesem Fall betrifft es den Osten der Demokratischen Republik Kongo, der besonders von bewaffneten Konflikten, der Präsenz nichtstaatlicher Gruppen, Instabilität und Unsicherheit geplagt ist. Die Maßnahme umfasst zunächst ein Budget i.H.v. 20 Mio. EUR; sie wird vom belgischen Verteidigungsministerium durchgeführt, das die Streitkräfte bereits schult. CONSTANTIN BLASCHKE

EU-Außenbeauftragter Borrell stärkt die Beziehungen zu ASEAN

Von 12. bis 14. Juli 2023 reiste der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell nach Indonesien, um an dem jährlich stattfindenden Ministertreffen zwischen der EU und dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) sowie am ASEAN-Regionalforum teilzunehmen. Während der Treffen wurden globale und regionale Themen diskutiert, wie der Zusammenhang zwischen Klimakrise und Sicherheit, Myanmar, Taiwan und das Südchinesische Meer sowie der russische Angriffskrieg in der Ukraine. Borrell [betonte](#), dass die EU in Südostasien präsenter und engagierter sein möchte. Dafür sei die Zusammenarbeit mit ASEAN und die Vertiefung der strategischen Partnerschaft der Schlüssel. MICHELLE WIESNER

VN-Diplomatie: Partnerschaften und Vorbereitung der Generalversammlung

Der Rat der EU verabschiedete am 20. Juli 2023 [Schlussfolgerungen zu den EU-Prioritäten](#) für die 78. Tagungsperiode der Generalversammlung der Vereinten Nationen von September 2023 bis September 2024. Darin hält die EU einerseits an der Förderung von Frieden und Wohlstand durch multilateralen Handel, globale Partnerschaften und eine regel-basierte Weltordnung als Leitmotiv fest, um die globalen Herausforderungen und vielfältigen alten und neuen Krisen zu bewältigen. Andererseits unterstützt sie die Notwendigkeit der institutionellen Modernisierung und Reformbemühungen der Vereinten Nationen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Beschleunigung der Umsetzung der VN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) neu auf der Prioritätenagenda, eine Folge der festgestellten Rückschritte bei deren Verwirklichung. CONSTANTIN BLASCHKE

Am 28. August 2023 hielt EU-Ratspräsident Charles Michel eine [Grundsatzrede](#) auf dem Bled-Forum in Slowenien und rief Beitrittskandidaten dazu auf, bis 2030 für eine EU-Erweiterung bereit zu sein. Michel betonte dabei die notwendige Bereitschaft beider Seiten, dieses Ziel zu erreichen, und hob ebenfalls hervor, dass bis zu einem möglichen Beitritt von zukünftigen Mitgliedstaaten weiterhin viele Reformanstrengungen notwendig seien.

Am 19. Juli 2023 fand die [fünfte Tagung des Stabilitäts- und Assoziationsrates](#) EU-Bosnien und Herzegowina in Brüssel statt. Der Rat überprüfte den Stand der Beziehungen zwischen der EU und Bosnien und Herzegowina und befasste sich insbesondere mit dem Annäherungsprozess in den Bereichen Wirtschaft, Recht und Politik.

Am 30. und 31. August 2023 kamen die EU-Außenminister zu einer informellen Tagung ([Gymnich](#)) in Toledo zusammen. Die Außenminister sprachen unter der Führung von Josep Borrell über die aktuelle Situation in der Ukraine und in der Sahel Zone, insbesondere im Niger. Borrell betonte dabei die Zusammenarbeit mit der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS und kündigte an, durch Sanktionierung der Junta die Situation in Niger diplomatisch stabilisieren zu wollen.

Dr. Thomas Leeb, Leiter Europa-Büro Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Unter Mitarbeit von **Constantin Blaschke**, **Nico Göricke**, **Michelle Wiesner**

Impressum

Hanns-Seidel-Stiftung e.V. | Lazarettstraße 33 | 80636 München | www.hss.de
Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP | Generalsekretär: Oliver Jörg

Für Rückfragen zum Inhalt erreichen Sie das Büro Brüssel unter
Tel. +32 2 230-5081 | E-Mail: brussels@hss.de

Finden Sie uns auf [Facebook](#), [LinkedIn](#) und [Twitter](#).
Melden Sie sich für unseren [Veranstaltungsverteiler](#) an.